

**Zeitschrift:** Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau

**Herausgeber:** Historische Gesellschaft des Kantons Aargau

**Band:** 113 (2001)

**Artikel:** "Das Aargauervolk braucht keine Hochschule, das Aargauervolk will keine Hochschule!" : das Aargauer Hochschulprojekt 1962-1978

**Autor:** Fricker, Martin

**Kapitel:** 6: Die Aargauer Hochschulpläne in der Sicht der Öffentlichkeit

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-16850>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## 6. Die Aargauer Hochschulpläne in der Sicht der Öffentlichkeit

### 6.1. Das Hochschulprojekt im Spiegel der Presse

Matthias Bruppacher rief bereits 1972 eine sogenannte «Pressearbeitsgruppe» ins Leben.<sup>399</sup> Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe trafen sich periodisch mit Mitarbeitern der Vorbereitungsstufe (VS) und insbesondere mit Bruppacher selbst, um über Bildungsfragen zu diskutieren. An diesen Treffen erhielten die teilnehmenden Journalisten auch regelmässig zusätzliche Informationen zur Arbeit an Planungen des Entwicklungsprojekts oder zu Resultaten aus den Forschungsprojekten. Das Arbeitspapier «Konzeption der Dissemination der Vorbereitungsstufe» meinte dazu:

«Das Ziel der Pressearbeitsgruppe besteht in der Heranbildung eines in bildungswissenschaftlichen Fragen kompetenten Journalistenstabes und gleichzeitig in der Schaffung von «goodwill».»<sup>400</sup>

Die Existenz der Pressearbeitsgruppe hatte zur Folge, dass zahlreiche Zeitungen ihre Leserschaft fortwährend über die Entwicklungen und Ergebnisse der VS informieren konnten. Doch die persönlichen Gespräche in der Pressearbeitsgruppe bewirkten noch ein Weiteres: Die meisten Journalisten waren dem Aargauer Hochschulprojekt im Allgemeinen und der VS im Besonderen wohlgesonnen. So kam es, dass die VS und ihr Projekt einer Hochschule für Bildungswissenschaften eine wirklich «gute Presse» hatten.

#### 6.1.1. Im Aargau

Seit dem Jahre 1972 nahmen alle (damals) fünf überregionalen Tageszeitungen des Aargaus an der Pressearbeitsgruppe teil.<sup>401</sup> Generell lässt sich über die Haltung der aargauischen Presse Folgendes aussagen. Die überregionalen Tageszeitungen standen bis in die Mitte des Jahres 1976 ganz eindeutig hinter dem Projekt einer aargauischen Hochschule für Bildungswissenschaften. Von diesem einheitlichen Bild wich nur das «Badener Tagblatt» insofern ein wenig ab,

<sup>399</sup> Vgl. dazu Anm. 379.

<sup>400</sup> StAAG «HSA» (wie Anm. 385), Arbeitspapier Nr. 54, S. 6.

<sup>401</sup> Ebd. S. 5. Die fünf Zeitungen waren: Aargauer Volksblatt (AV), CVP-nahe; Aargauer Tagblatt (AT), FDP-nahe; Badener Tagblatt (BT), unabhängig; Freier Aargauer (FA), SP-nahe; Zofinger Tagblatt (ZT), FDP-nahe.

als es zwar im redaktionellen Teil die Hochschulpläne unterstützte, aber einem Kolumnisten, dem so genannten «Rüebliländer», eine Rubrik einräumte, in welcher dieser Journalist unter anderem auch die VS und die projektierte Hochschule mit deftigen Attacken bedachte.<sup>402</sup> Eine Kolumne des «Rüebliländers» führte im Januar 1975 zu einem Schreiben des Projektleiters Heinz Ries an den Chefredaktor des «Badener Tagblatts», Otto Wanner.<sup>403</sup> Ries protestiert in diesem Brief besonders gegen einige offensichtliche Unwahrheiten, welche der «Rüebliländer» von sich gegeben hatte. Über etwaige Reaktionen Wanners auf diesen Brief fand sich in den mir zugänglichen Akten kein Hinweis.

Zwischen Sommer und Herbst 1976 war sowohl im Badener Tagblatt als auch im Aargauer Tagblatt, das bislang auf der Seite der Hochschulbefürworter gestanden hatte, ein Meinungsumschwung feststellbar. Dagegen blieb das Zofinger Tagblatt, obgleich es wie das Aargauer Tagblatt auch der FDP nahestand, bei seiner sehr klaren Haltung für die Hochschule. Auch das Aargauer Volksblatt und besonders ausgeprägt der Freie Aargauer unterstützten die Hochschulpläne weiterhin. Besonders deutlich ging dieser Meinungsumschwung im Aargauer Tagblatt vor sich,<sup>404</sup> da er in dieser Zeitung zugleich mit einem redaktionellen Wechsel verbunden war. Hans Thalmann, der langjährige Beobachter des Hochschulprojekts, wurde nämlich mehr und mehr von Kommentatoren verdrängt, die der Hochschule sehr viel kritischer gegenüberstanden und im Gegensatz zu Thalmann auch nie bei der Pressearbeitsgruppe der VS mitgewirkt hatten.<sup>405</sup>

Im Gegensatz zu den grösseren, überregionalen Tageszeitungen des Kantons Aargau sind die kleineren und ganz kleinen Lokalblätter in den Akten nur sehr selten anzutreffen. Aus diesem Grund bleiben ihre Stellungnahmen bezüglich der Aargauer Hochschulpläne kaum fassbar. Es ist indessen zu vermuten, dass sich diese lokalen Blätter weitaus kritischer mit der VS und ihrer Arbeit auseinandersetzen als die grösseren Tageszeitungen.<sup>406</sup> Dies mag vielleicht das Beispiel der Freiamter Regionalzeitung «Freischütz» verdeutlichen, in der

<sup>402</sup> Es handelt sich dabei um denselben Journalisten, der im Jahre 1975 die Polemik gegen Max Knecht initiiert hatte. Vgl. dazu Anm. 395.

<sup>403</sup> EDAr C 420/1975, «Korrespondenz», Brief von Heinz Ries an Otto Wanner vom 7.1. 1975.

<sup>404</sup> Anhand einiger Titel zu Artikeln, die sich mit der Hochschule auseinandersetzen, lässt sich dieser Meinungswechsel schön aufzeigen. Im Aargauer Tagblatt (AT) vom 21. 2. 1975 (siehe EDAr C 420/1975 (wie Anm. 403)): «Eine Chance für den Aargau». Im AT vom 1. 10. 1976 (siehe EDAr C 420/1976 «Zeitungsausschnitte 1976»): «Differenzierte Stellungnahme soll möglich sein». Im AT vom 23. 10. 1976 (ebda.): «Mit Bildungsreform zum Sozialismus?» Im AT vom 29. 9. 1977 (siehe EDAr C 420/1977 «Zeitungsausschnitte 1977»): «Beglaubigte Totgeburt».

<sup>405</sup> Es ist dies in erster Linie Hans-Peter Widmer, der im Übrigen später für die FDP im Grossen Rat politisieren sollte. Daneben profilierte sich aber auch Franz Straub mit Artikeln gegen die Hochschule.

<sup>406</sup> Diese Vermutung gründet nicht zuletzt in den Kommentaren zur Volksabstimmung über die Vorbereitungsstufe vom 10. 5. 1970. Vgl. dazu S. 29.

unter dem Pseudonym «Monitor» ein Kolumnist mit scharfen Worten gegen die Hochschule im fernen Aarau zu wettern pflegte und dabei – trotz deftiger Wortwahl – jeweils überaus subtil zu Werke ging.<sup>407</sup>

### 6.1.2. In der übrigen Schweiz

Von den ausserkantonalen Tageszeitungen nahmen der Zürcher Tages-Anzeiger, die Basler National-Zeitung sowie der Berner Bund an den Treffen der Pressearbeitsgruppe regelmässig teil.<sup>408</sup> Auch in den Artikeln dieser Zeitungen, soweit sie in den Archiven greifbar sind, wird dem aargauischen Hochschulprojekt viel Sympathie entgegengebracht. Im Gegensatz zu den aargauischen Zeitungen lässt sich bei ihnen allerdings kein Meinungswechsel feststellen, weder im Verlaufe des Jahres 1976 noch zu einem anderen Zeitpunkt.

Die grosse Abwesende unter den Zeitungen der Pressearbeitsgruppe war zweifellos die Neue Zürcher Zeitung. Es fehlte denn auch nicht an Anfragen von seiten der VS, um auch die Neue Zürcher Zeitung dazu zu bewegen, an den regelmässigen Gesprächsrunden teilzunehmen.<sup>409</sup> Doch die renommierte Zeitung war an diesem Angebot offenbar nicht interessiert, denn im Gegensatz zu den anderen erwähnten Tageszeitungen brachte sie einer Hochschule für Bildungswissenschaften etwelche Skepsis entgegen, die offensichtlich mit negativen Beispielen aus dem Ausland begründet wurde.<sup>410</sup> Im Übrigen gab es ausserhalb des Kantons Aargau selbstverständlich auch Zeitungen, die sich in der Art eines «Monitor» oder «Rüebliländer» über die aargauische Hochschule ausliessen.<sup>411</sup>

<sup>407</sup> Siehe dazu unter anderem: EDAr C 420/1976 (wie Anm. 404), «Freischütz» vom 29. 10. 1976. Sowie: EDAr C 420/1977 (wie Anm. 404), «Freischütz» vom 28. 1. 1977, vom 15. 2. 1977 und vom 7. 10. 1977.

<sup>408</sup> StAAG «HSA» (wie Anm. 385), Arbeitspapier Nr. 54, S. 5. Bei der Pressearbeitsgruppe machte überdies auch die «Schweizerische Lehrerzeitung» mit.

<sup>409</sup> Siehe etwa: EDAr C 420/1972 (wie Anm. 270), Brief von Matthias Bruppacher an Erich A. Kägi (Redaktor der NZZ) vom 10. 11. 1972.

<sup>410</sup> EDAr C 420/1974 «Korrespondenz 1974», Brief von Erich A. Kägi (NZZ) an Mario v. Cranach vom 18. 9. 1974, S. 2: «Ohne uns festlegen zu wollen, verfolgen wir Ihre Anstrengungen mit einem guten Schuss Skepsis. Ich kenne die Umstände etwas näher, die zur Gründung der Bildungswissenschaftlichen Hochschule in Klagenfurt geführt haben, und sehe gewisse Parallelitäten. Ich frage mich auch, ob die Bildungsforschung und Bildungswissenschaft auch nach dem Abklingen der Bildungseuphorie (nach Prof. Hellmut Becker) noch so viel Platz werden beanspruchen können, wie man noch vor einigen Jahren glaubte.»

<sup>411</sup> Siehe EDAr C 420/1975 (wie Anm. 299), Im Brückenbauer Nr. 4, 1975, meint ein Kommentator namens Vigil unter dem Titel «Noch mehr Hochschulen?»: «Die geplante Zersplitterung auf Neues und zum Teil Fragwürdiges würde mehr Schaden als Nutzen zeitigen. Darum sollte so rasch als möglich «das Ganze halt!» geblasen und die Übung «Hochschule Luzern» und «Hochschule Aargau» abgebrochen werden.»

## 6.2. Die Reaktion der Öffentlichkeit

### 6.2.1. Die Reaktionen in der Bevölkerung

Es ist fast ein Paradoxon: Obgleich die Stimmungslage in der Öffentlichkeit wohl ziemlich eindeutig gegen die Hochschule für Bildungswissenschaften eingestellt war, ist es überaus schwierig, diese Haltung zu belegen, weil die Bevölkerung in den Debatten für oder wider das Projekt praktisch gesichtslos blieb. In dieser Situation werden an sich unauffällige Mitteilungen, wie etwa ein Brief, den eine ehemalige Sekretärin der VS an ihre früheren Arbeitskolleginnen im Francke-Gut sandte, auf einmal zu wichtigen Quellen.

«Der Hochschulabstimmung sehe ich nach wie vor mehr als gespannt entgegen. Leider stelle ich noch heute immer wieder fest, dass die Mehrzahl der darauf angesprochenen Personen nicht weiss, worum es bei diesem Hochschulprojekt geht, und dass die meisten Leute auch eine ablehnende Haltung einnehmen, bevor sie sich dazu etwas erklären lassen. Argument Nr. 1 gegen all diese Pläne ist immer wieder die Finanzknappheit. (...) Jedenfalls halte ich Euch beide Daumen und tue in meiner Umgebung noch, was ich kann, um eventuell noch einige Befürworter zurechtzubiegen.»<sup>412</sup>

Anhand des Briefes von Gisula Grütter erhalten wir einen Einblick in die Ansichten und Argumentationsweise im persönlichen Umfeld einer Durchschnittsbürgerin. Zugleich bestätigt sich die Annahme, dass die Öffentlichkeit auf die Hochschulpläne – wenn überhaupt – eher ablehnend reagierte, ein erstes Mal im Bekanntenkreis von Gisula Grütter. Besonders aufschlussreich an der Aussage Grütters erscheint mir insbesondere das Nichtinformiertsein ihrer Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sowie die voreingenommene, ablehnende Reaktion auf das Hochschulprojekt, die gar keiner Argumente (mehr) bedarf.

Die hier geschilderte Stimmungslage dürfte ohne Zweifel für einen sehr grossen Teil der Bevölkerung zugetroffen haben. Dies wird durch einen Briefwechsel zwischen dem Gemeinderat von Küttigen und der VS untermauert. Auch dieser Briefwechsel gehört zu den sehr wenigen Dokumenten, welche in den mir zugänglichen Archiven die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Planung der aargauischen Hochschule thematisierten.<sup>413</sup> In seiner Stellungnahme zur zugesandten Broschüre weist der Küttiger Gemeinderat darauf hin, dass er sich

<sup>412</sup> EDAr C 420/1975 (wie Anm. 403), Brief von Gisula Grütter an die Mitarbeiterinnen der Administration der Vorbereitungsstufe vom 6. 3. 1975.

<sup>413</sup> EDAr C 420/1975 (wie Anm. 403), Brief des Gemeinderates von Küttigen an Mario v. Cranach vom 23. 7. 1975. Mario v. Cranach hatte im Rahmen einer Veranstaltung des Hochschulvereins einen Vortrag über den «Beitrag der Hochschule Aargau zum schweizerischen Bildungswesen»

ausführlich mit deren Inhalt auseinandergesetzt habe. Danach werden einige Bemerkungen und Fragen angeführt, aus denen eindeutig hervorgeht, dass die damaligen Gemeinderäte von Küttigen nicht besonders viel von dieser Hochschule hielten. Bemängelt wird vor allem die mangelnde Transparenz der Planungsarbeit, auf die in dieser Broschüre nur am Rande eingegangen wurde. Darüber hinaus bezweifelt die Stellungnahme aus Küttigen die Notwendigkeit der geplanten Hochschule und sorgt sich über die arbeitslosen Akademiker, die hier ausgebildet werden sollten.<sup>414</sup>

Besonders aufschlussreich an diesem Schreiben ist in meinen Augen die Kritik an der angeblich mangelhaften Konkretisierung von Planungsangaben. Diese Kritik ist sehr erstaunlich, wenn man bedenkt, dass im April 1975 (also nur gerade drei Monate bevor die Küttiger Gemeinderäte ihren Brief verfassten) der zweite Teil des Planungsberichts,<sup>415</sup> der sich eingehend mit Planungsfragen auseinandersetzte, der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, worüber die kantonalen Medien zudem ausführlich berichteten.<sup>416</sup>

Der zweifellos privilegierte Arbeitsort der Vorbereitungsstufe im Franckegut in Aarau führte offenbar im Sommer 1973 zu einer Situation, die eigentlich als Anekdote bezeichnet werden müsste, wenn darin nicht auf geradezu exemplarische Weise die Haltung der Öffentlichkeit zur Arbeit der VS und zum angeblichen Verhalten der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufscheinen würde. Worum handelt es sich? Im Park des Franckegutes gibt es ein Schwimmbad, das im Sommer 1973 offenbar mit Wasser gefüllt war. Dazu findet sich im Sitzungsprotokoll der Mitarbeiterkonferenz vom 24. 8. 1973 folgende Bemerkung:

«Ausserdem wird das Bad mehr von teilweise unbekanntem Fremden benützt. Gleichwohl halten Aussenstehende die tagsüber Badenden für Mitarbeiter der Vorbereitungsstufe. Daher wird beschlossen, das Wasser sofort ausfliessen zu lassen.»<sup>417</sup>

gehalten. Dieser Vortrag wurde auf Kosten des Hochschulvereins publiziert und breit gestreut. Siehe v. Cranach, Mario: Der Beitrag der Hochschule Aargau zum schweizerischen Bildungswesen. Baden, 1975.

Das Schreiben des Gemeinderates gelangte zuerst an den Hochschulverein in Baden, da dieser Verein die Vortragsbroschüre versandt hatte. Der Hochschulverein leitete den Brief anschliessend an die Vorbereitungsstufe weiter.

<sup>414</sup> Auf die vorgebrachten Argumente («Akademikerüberfluss» und «unnötige Hochschule») wird in Kapitel 6.4 eingegangen. Auf Anfrage (schriftl. Mitteilung vom 18. 5. 1998) erläuterte die Gemeindeverwaltung in Küttigen die damalige parteipolitische Zusammensetzung des Küttiger Gemeinderates: von den fünf Mitgliedern gehörten je zwei der FDP und SP an, während die SVP ein Mitglied stellte. Dies erscheint bezüglich der Reaktion des Gemeinderates auf den Vortrag v. Cranachs überaus interessant: Offensichtlich stand die Parteibasis der SP nicht ganz so geschlossen hinter den sozialdemokratischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, wie man dies vielleicht vermuten würde.

<sup>415</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156).

<sup>416</sup> Siehe dazu: EDAr C 420/1975 (wie Anm. 403).

<sup>417</sup> Siehe StAAG «HSA» Protokoll der Mitarbeiterkonferenz vom 24. 8. 1973, S. 4.

Wie bereits erwähnt, sind Reaktionen der Öffentlichkeit zur Arbeit der VS im Speziellen oder zum Projekt einer Hochschule für Bildungswissenschaften im Allgemeinen nur sehr spärlich vorhanden. Offensichtlich war die im Aarau-er Francke-Gut geleistete Arbeit sehr lange schlicht kein Thema für die meisten Zeitgenossen. Dies änderte sich erst, als die Hochschulvorlage im Herbst 1976 in den Grossen Rat kam. In den Zeitungsdokumentationen im Archiv des ED habe ich vor 1976 beispielsweise keinen einzigen Leserbrief zur Hochschulplanung gefunden. Durch die politische Debatte wurde nun aber augenscheinlich eine breitere Öffentlichkeit auf die Arbeit der VS aufmerksam gemacht. Auf jeden Fall mehrten sich nun die – allerdings zumeist kritischen – Leserbriefe.<sup>418</sup> Schliesslich konnte Hanspeter Gschwend sogar darauf verweisen, dass sich gegen Ende 1976 endlich auch einige Befürworter der Hochschule für Bildungswissenschaften bemerkbar gemacht hätten. Dazu musste er freilich sogleich einwenden:

«Eine etwas bittere Ironie liegt allerdings in der Beobachtung, dass eigentlich erst der Rückweisungsentscheid des Grossen Rates wirklich spürbare Reaktionen unter bisher eher verschwiegenen Befürwortern ausserhalb der «ex officio» interessierten Grossratskreise auslöste.»<sup>419</sup>

### 6.2.2. *Die Reaktionen in Lehrerkreisen*

Die Reaktionen, die aus Lehrerkreisen zur Arbeit der Vorbereitungsstufe geäussert werden, verdienen es aus drei Gründen gesondert erwähnt zu werden: Einmal hätte sich eine Hochschule für Bildungswissenschaften am ehesten auf diese Berufsgruppe ausgewirkt. Aus diesem Grund beschäftigte sich das «Schulblatt» der Kantone Aargau und Solothurn auch bereits seit 1972 immer wieder mit der Arbeit der VS.<sup>420</sup> Schliesslich äusserten sich Lehrkräfte auch überdurchschnittlich häufig zur Arbeit der VS. Wer freilich gedacht hätte, die Lehrkräfte des Kantons hätten sich grösstenteils überzeugt hinter die bildungswissenschaftliche Hochschule gestellt, sah sich getäuscht. Gerade in Lehrerkreisen stiess die Arbeit der Wissenschaftler im Francke-Gut immer wieder auf scharfe Kritik. Die überwiegende Zahl dieser Vorwürfe richtete sich dabei auf drei Bereiche.

<sup>418</sup> EDAr C 420/1976 (wie Anm. 404).

<sup>419</sup> Tätigkeitsbericht des Gründungsausschusses 1976, S. 11.

<sup>420</sup> Aargauischer Lehrerverein und Solothurner Lehrerbund (Hrsg.): «Schulblatt für die Kantone Aargau und Solothurn». Das «Schulblatt» erscheint zweiwöchentlich.

Zum einen wurde den Bildungswissenschaften immer wieder ein fehlender Praxisbezug vorgeworfen. Dieser Vorwurf zeigt sich etwa (hier allerdings in seiner Umkehrung) in einem «Schulblatt»-Artikel aus dem Jahre 1974, in dem ein Projekt der VS vorgestellt wird. In der Einleitung zum Bericht schreibt das Sekretariat des Aargauischen Lehrervereins (ALV):

«Uns scheint, dass es sich hier um ein Musterbeispiel handelt, wie die künftige aargauische Hochschule arbeiten sollte und auch arbeiten möchte: keine hochwissenschaftlichen Studien betreiben, die letzten Endes niemandem dienen, der täglich in der Schulstube steht, sondern Probleme bearbeiten, deren Lösung dem Lehrer, den Eltern und den Behörden die Bildungsarbeit (...) erleichtert.»<sup>421</sup>

Ein weiterer Vorwurf, der oft erhoben wurde, betraf die finanziellen Engpässe des Kantons Aargau, die im Widerspruch standen zu einem nicht unbedeutenden (und objektiv vorhandenen) Nachholbedarf im Schulwesen (Ausbau der Kantonsschulen, Reform der Primarlehrkräfteausbildung, Verringerung der Klassengrößen an den Volksschulen u. a. m.). Gleichzeitig aber sollte der Aargau (insgesamt) mehrere Dutzend Millionen Franken für eine Hochschule ausgeben. Dass dieses Vorgehen auf Kritik stiess, ist an sich nachvollziehbar.<sup>422</sup> Die Problematik lag indessen darin, dass zwei Bereiche gegeneinander ausgespielt wurden, die beide berechnete Forderungen stellten (sowohl der Ausbau des Schulwesens als auch der Aufbau einer Hochschule für Bildungswissenschaften). Schliesslich existierte eine gerade unter Pädagogen weit verbreitete Fundamentalopposition gegen die Wissenschaftsdisziplin Bildungsforschung. Als ein Beispiel dieser grundsätzlichen Kritik an den Bildungswissenschaften mag Hans Schmidhauser aus Oberengstringen dienen, der als Lehrer einer «Freien Schule» vorstand und sich mehrmals schriftlich an die VS wandte.<sup>423</sup>

Das Verhältnis des ALV zur VS war ungeachtet der deutlich wahrnehmbaren Zurückhaltung vieler Lehrkräfte gegen die geplante Hochschule durchaus annehmbar. So waren etwa die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der VS Mitglieder des ALV, und der Vorstand des ALV setzte sich dezidiert für die projektierte Hochschule ein.<sup>424</sup> Es darf indessen nicht unerwähnt bleiben,

<sup>421</sup> Schulblatt (wie Anm. 420), Nr. 18/1974 (30. 8. 1974), S. 357.

<sup>422</sup> Siehe dazu beispielsweise: Schulblatt (wie Anm. 420), Nr. 6/1975 (21. 3. 1975), S. 135 f.

<sup>423</sup> Siehe etwa: EDAr C 420/1973 (wie Anm. 248), Brief von Hans Schmidhauser an Matthias Brupacher vom 15. 2. 1973: «Es ist bemühend, in der Schweiz. Lehrerzeitung zu lesen, wie Sie Denk-, Serien- und Realisationstechniker suchen für Ihre Aufgabe, die sich offenbar am ehesten in ein System fügen, dessen Grundlagen kein vollverantwortlicher Mensch erkennt, übernimmt, noch zu erfüllen vermag – alles, nur nicht das, was Sie brauchen: lebendige Menschen.»

<sup>424</sup> Dies zeigt sich wohl am eindrucklichsten am Beispiel von Alfred Regez (Schöftland), der sich als Kommissionspräsident der vorberatenden Kommission 1976 stark für das Hochschulgesetz



dass sich der ALV beileibe nicht nur aus Altruismus für die künftige Hochschule engagierte. Man versuchte augenscheinlich mehrfach, die VS dazu zu bewegen, eine Untersuchung über die Wechselwirkung von Klassengrössen und Bildungserfolg durchzuführen.<sup>425</sup> Doch die Forscherinnen und Forscher im Francke-Gut liessen sich darauf nicht ein; vermutlich wollten sie sich nicht mit dem Vorwurf der Parteilichkeit konfrontiert sehen.<sup>426</sup>

### 6.3. Die Befürworter des Projekts und ihre Argumente

Es fällt nicht leicht, die Befürworter einer aargauischen Hochschule für Bildungswissenschaften problemlos bestimmen zu können. Wohl treten die meisten grösseren und überregionalen Zeitungen, deren Artikel zu diesem Thema in den Archiven fassbar sind, explizit für das Hochschulprojekt ein. Zumindest 1970, als dem Kredit von 6,5 Mio. Franken in der Volksabstimmung zugestimmt wurde, stand die überwiegende Mehrzahl der Politiker, Parteien und Verbände eindeutig hinter den aargauischen Hochschulbestrebungen. Diese deutliche Mehrheit verflieg in den Jahren nach 1970 allerdings zusehends, sodass 1976 eine knappe Mehrheit des Grossen Rates die ausgearbeitete Vorlage zurückwies.

Sucht man in den Quellen nach Namen von Hochschulbefürwortern, so finden sich immer wieder dieselben Köpfe. Darüber hinaus ist der Forschende weitgehend auf Vermutungen und allenfalls auf Analogieschlüsse angewiesen. In den ersten Jahren der VS tauchen in den Quellen zwei Gruppierungen junger Studierender auf, die sich aktiv für die weitere Entwicklung der VS und insbesondere der geplanten Hochschule einsetzen wollten. Es handelte sich dabei um das «Hochschulkomitee der Aargauer Jugend» und eine «Arbeitsgruppe für eine demokratische Hochschule Aargau». Nach relativ kurzer Zeit vernimmt man von diesen beiden Gruppen aber nichts mehr.

Betrachten wir die kantonale Parteienlandschaft, dann finden wir nur eine grosse Partei, die das Projekt vorbehaltlos unterstützte: die Sozialdemokratische Partei. Daneben waren auch LdU und EVP mehrheitlich für die Vorlage. Die CVP scheint sich mit den Jahren von einer klaren Befürworterin zu einer (in dieser Frage) gespaltenen Partei gewandelt zu haben. Was die FDP betrifft, so dürfte der in Kapitel 6.1.1 festgestellte Meinungsumschwung im «Aargauer

engagierte und sich dabei in seiner eigenen Partei (FDP) exponieren musste, war er doch der einzige Parlamentarier dieser Partei, der in der Debatte vom 20. 10. 1976 für die bildungswissenschaftliche Hochschule votierte.

<sup>425</sup> Siehe zum Beispiel: Schulblatt (wie Anm. 420) Nr. 13/1973 (22. 6. 1973), S. 260.

<sup>426</sup> Matthias Bruppacher wies im Gespräch vom 10. 6. 1998 darauf hin, dass der ALV die Wissenschaftler der Vorbereitungsstufe gerne für seine Ziele instrumentalisiert hätte.

Tagblatt» während des Jahres 1976 programmatischen Charakter für die Partei gehabt haben, sprachen sich doch in der Grossratsdebatte vom 20. 10. 1976 mit einer Ausnahme alle Freisinnigen gegen das Hochschulgesetz aus. Auch in der SVP fanden sich nur noch wenige Befürworter.

Ausserhalb der politischen und journalistischen Kreise sind – wie erwähnt – kaum verlässliche Angaben über Befürworter einer aargauischen Hochschule möglich. Am ehesten findet man sie noch in pädagogischen Kreisen, ungeachtet der Tatsache, dass auch viele Lehrkräfte der Hochschule für Bildungswissenschaften skeptisch gegenüberstanden.

Was die Argumente der Hochschulbefürworter betrifft, so waren diese vornehmlich reaktiver Art.<sup>427</sup> Sie mussten sich in erster Linie damit begnügen, die grössten Irrtümer und Unwahrheiten der Hochschulgegner zu berichtigen; dazu gehörte etwa die Behauptung, die neue Hochschule bilde arbeitslose Akademiker aus. Dieses Argument war natürlich nicht zutreffend, weil ja die geplante Hochschule keine zusätzlichen Studenten ausbilden, sondern Hochschulabsolventen ein Zusatzstudium ermöglichen wollte.

Kamen der Hochschule wohlgesonnene Kreise überhaupt dazu, positive Argumente zu formulieren, so legten sie ihr Augenmerk hauptsächlich auf den konstruktiven Beitrag zur Verbesserung des Bildungswesens, den sich die projektierte Hochschule zum Ziel gesetzt hatte. Überdies wiesen diese Gruppierungen auf den notwendigen finanziellen Lastenausgleich zwischen den Hochschulträgern und den Nichthochschulkantonen hin, der in Bälde erbracht werden müsse, ob der Aargau nun eine eigene Hochschule besitze oder nicht. Selbst Hochschulträger zu sein hätte für den Aargau den grossen Vorteil mit sich gebracht, in Bezug auf die schweizerische Hochschulpolitik mitbestimmen zu können.

Bevor wir uns den Gegnern der aargauischen Hochschule und ihren Argumenten zuwenden können, müssen wir kurz auf zwei Vereine hinweisen, die sich der Unterstützung der Hochschule verschrieben hatten: den «Hochschulverein» und die «Aktion Hochschule Aargau».

### *6.3.1. Der Aargauische Hochschulverein*

Der «Aargauische Hochschulverein» wurde im Juli 1964 von Jakob Hohl, dem Motionär von 1962 gegründet.<sup>428</sup> Als ersten Präsidenten konnte Hohl den

<sup>427</sup> Dies ist ein ganz deutliches Zeichen dafür, dass sich die Verfechter eines eigenständigen aargauischen Hochschulbeitrages bezüglich der öffentlichen Diskussion in der Defensive befanden.

<sup>428</sup> Vgl. dazu Anm. 141.

bekanntem Historiker Jean Rudolf von Salis gewinnen, während er selbst als Vizepräsident amtierte. Seit 1966 gab der Verein die so genannten «Aargauer Hochschulnachrichten» heraus.<sup>429</sup> Der Verein sah seinen Zweck darin, die Idee einer Hochschule im Aargau in der Bevölkerung zu propagieren. Um dies zu erreichen, führte man Informationsveranstaltungen durch und unternahm im Jahre 1970 sogar eine grosse Werbeaktion zugunsten der Hochschulvorlage.<sup>430</sup> Überdies hatte man im Jahre 1968 eine Meinungsumfrage durchführen lassen, um die Bevölkerung für die Hochschule zu sensibilisieren.<sup>431</sup>

An sich hätte die VS an einer initiativen Gruppierung, die sich für die Belange einer Hochschule im Aargau in der Masse einsetzte, wie es der Verein von Hohl tat, erfreuen müssen. Dies war jedoch nur bedingt der Fall. Hohl hing seiner alten Idee einer klassischen «Volluniversität» auch dann noch nach, als sich längst schon abgezeichnet hatte, dass dies den Aargau finanziell völlig überfordert hätte. Er konnte sich mit dem Aufbau der VS und einer Hochschule für Bildungswissenschaften nur bedingt identifizieren. Dies zeigt sich etwa an folgender Aussage:

«Es wird auch – mindestens vorläufig – keine medizinische Akademie geplant. Dies ist ein Wermutstropfen im Kelch der Freude für alle jene, deren Vorstellungen vom «Zweisäulenprojekt» Bildungswissenschaften – Medizin geprägt sind.»<sup>432</sup>

Aus diesem Grund ist es wohl wenig erstaunlich, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Vorbereitungsstufe und Hochschulverein in relativ engen Grenzen hielt. Hanspeter Gschwend erwähnte mir gegenüber noch einen weiteren Grund für die gegenseitige Zurückhaltung: Hohl – Inhaber einer Werbeagentur – hätte sich gewünscht, für die Hochschule Aargau PR betreiben zu können. Da sich die Ansichten über erfolgreiche PR indessen stark unterschieden, erachtete die VS ein derartiges Engagement als wenig erfolgversprechend.<sup>433</sup> Es ist wohl auch nicht ganz von der Hand zu weisen, dass einige Mitglieder des «Hochschulvereins», die seit 1964 dem Verein angehörten, in den 12 Jahren bis 1976 ihre Haltung gegenüber einer aargauischen Hochschule geändert haben. Wie auch immer: Das Verhältnis zwischen VS und «Hochschulverein» war nicht das Beste.

<sup>429</sup> Siehe dazu: StAAG NL. D s. v. «Hochschulverein Aargau», Hochschulnachrichten Nr. 1 (November 1966) – Nr. 38 (April 1978).

<sup>430</sup> Vgl. dazu Anm. 142.

<sup>431</sup> Siehe dazu: StAAG NL. D s. v. «Hochschulverein Aargau», Hochschulnachrichten Nr. 12 (September 1968). Die Meinungsumfrage trug den Titel: «Die Frage einer aargauischen Hochschule in der Sicht der Bevölkerung».

<sup>432</sup> StAAG NL. D s. v. «Hochschulverein Aargau», Hochschulnachrichten Nr. 19 (Dezember 1972), S. 1.

<sup>433</sup> Mündl. Aussage von Hanspeter Gschwend vom 4. 6. 1998.

### 6.3.2. Die Aktion Hochschule Aargau

Vor dem Hintergrund der mühseligen Beziehungen zum «Hochschulverein» bemühte sich die VS intensiv darum, ab Sommer 1976 eine Gruppierung zur Verfügung zu haben, mit welcher der Abstimmungskampf um das Hochschulgesetz hätte geführt werden können. Aus beamtenrechtlichen Gründen war es den Mitarbeiter(n)/innen nicht möglich, selber im Vorfeld der Abstimmung die Vorlage propagieren zu dürfen.

Daher wurde im August 1976 die sogenannte «Aktion Hochschule Aargau» gegründet. Als Präsident dieser Aktion stellte sich Ständerat Robert Reimann (CVP, Wölflinswil) zur Verfügung. Reimann hatte sich schon früher für eine Hochschule im Aargau engagiert.<sup>434</sup> Es ist allerdings bezeichnend, dass ausser Reimann keine weiteren Mitglieder dieser Aktion in Erinnerung geblieben sind. Auf jeden Fall finden sich in den zeitgenössischen Quellen keinerlei Hinweise auf weitere Personen, die der Aktion auch angehört haben. Wenn man überdies bedenkt, dass diese Vereinigung mit Informations- und Argumentationsmaterial von der Vorbereitungsstufe alimentiert wurde, lässt sich wohl erahnen, wie sehr diese «Aktion Hochschule Aargau» ein künstliches Gebilde war. So gesehen erstaunt es nicht, dass sich diese Gruppierung sehr bald nach 1978 auflöste. Sie hatte sich zwar im Frühjahr 1978 noch für das revidierte Hochschulförderungsgesetz stark gemacht; aber dieser Abstimmungskampf ging verloren.<sup>435</sup>

## 6.4. Die Gegnerschaft und ihre Argumente

So schwierig es war, in Kapitel 6.3 die Befürworter der Hochschule namentlich zu fassen, so schwierig ist es auch, verbindliche Aussagen über die Gegner einer aargauischen Hochschule zu formulieren. Während sich im Lager der bürgerlichen Parteien von 1970 bis 1976 allmählich ein Gesinnungswandel vollzog und sich immer mehr Parlamentarier ablehnend zum Projekt der Hochschule für Bildungswissenschaften äusserten, existierte am rechten Rand des politischen Spektrums schon seit 1970 eine kleine Gruppe von Hochschulgegnern. Diese Gruppe wurde noch vor den Grossratswahlen 1973 durch die Rechtsopposition der Republikaner verstärkt.<sup>436</sup> Ausserhalb des politischen Parketts

<sup>434</sup> Siehe dazu: Reimann Robert: «Das Modell einer Hochschule für Humanwissenschaften». In: Kim, Kurt; Krättli, Anton (Hrsg): Mitten in der Schweiz – 15 Ansichten über den Aargau. Aarau 1971, S. 109–123.

<sup>435</sup> Siehe dazu: Privatarchiv Bruppacher: «Auflösung der Aktion Hochschule Aargau. Mitteilung an die Mitglieder». Diese Mitteilung ist undatiert.

<sup>436</sup> Siehe dazu Abbildung 4.

ist es fast ein Ding der Unmöglichkeit, genauere Angaben über die Gegnerschaft herauszufinden.<sup>437</sup>

Die Argumente, welche gegen die Hochschule vorgebracht wurden, können meiner Meinung nach in vier Stichworten zusammengefasst werden. Erstens wurde der Bildungsforschung, wie sie an der zukünftigen Hochschule betrieben werden sollte, unterstellt, sie hege die Absicht, ihre Disziplin als Instrument für einen gesellschaftlichen Umsturz zu verwenden.<sup>438</sup> Dieses Argument eignete sich gut zur generellen Diffamierung der Sozialwissenschaften. Es besteht kein Zweifel, dass die Nachrichten über Studentenunruhen im In- und Ausland diesem Standpunkt zusätzlichen Auftrieb verschafften. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn man behauptet, dass dies im Grossen Rat das eigentliche Hauptargument der Ablehnungshaltung gegenüber dem Projekt einer Hochschule für Bildungswissenschaften darstellte.

Eine zweite Argumentationskette sprach von einem angeblichen Akademikerüberfluss und warnte folgerichtig vor den Gefahren eines akademischen Proletariats. Hinter dieser Behauptung verbarg sich vermutlich auch ein Gutteil Konkurrenzangst bereits etablierter Akademiker, die um ihre Pfründen bangten. Dass dieser Standpunkt in Bezug auf die aargauische Hochschule nicht stichhaltig sein konnte, habe ich in Kapitel 6.3 dargelegt.

Dasjenige Argument, welches die Gegner mit Abstand am häufigsten vorbrachten, war die schlechte Finanzlage, in der sich der Kanton Aargau befand. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass das Finanzargument des Öfteren nur als Vorwand diente. In das gleiche Umfeld gehörten Äusserungen, die von einem überflüssigen Prestigeobjekt sprachen. Dieser letzten Argumentationskette sprachen besonders häufig Menschen zu, welche in pädagogischen Berufen tätig waren: Sie negierten die Relevanz der Bildungswissenschaften grundsätzlich.

## 6.5. Zusammenfassung

Betrachtet man die Reaktionen der Öffentlichkeit, so muss zuerst die weitverbreitete Gleichgültigkeit bezüglich der in der Vorbereitungsstufe (VS) geleisteten Aufbau- und Forschungstätigkeit erwähnt werden. Im Weiteren fällt auf, dass sich weder auf der Seite der Befürworter noch bei den Gegnern viele Exponenten lokalisieren liessen.

<sup>437</sup> Siehe dazu Kapitel 6.2.1.

<sup>438</sup> Siehe das Votum von Franz Wille (CVP, Villmergen): Verhandlungen Grosser Rat (wie Anm. 172), S. 2528: «In gewissen Reihen mottet unbewusst die Angst vor den roten Bildungspäpsten, vor den gesellschaftspolitizierenden Ultralinken.»

Es scheint indessen eindeutig, dass dem Projekt eine zusehends stärkere Grundwelle der Ablehnung entgegenzuschlug. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Berichterstattung der Presse, die sich bis 1976 mehrheitlich sehr positiv über die Arbeit der VS äusserte; im Sommer 1976 liess sich dann bei einigen Zeitungen ein überraschender Meinungsumschwung feststellen, obgleich doch für viele gerade die Schaffung eines geistigen Zentrums und damit eine höhere Geltung des Kantons Aargau innerhalb der Eidgenossenschaft einen wesentlichen Teilaspekt dieses Hochschulprojektes darstellte.

Man kann den Gegnern der aargauischen Hochschulplanung wohl mit guten Gründen ein teilweise demagogisches Argumentieren unterstellen. Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, dass die Befürworter auch nicht mit letzter Konsequenz für die Schaffung dieser Hochschule einstanden. Dies zeigt sich eindrücklich am Schicksal der «Aktion Hochschule Aargau».